

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreise monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachpostamt Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schreibstube: Dresden - A. Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16 - 18 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neu zumal gepaltene Kopierzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeit anstehend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - A. Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Verzierung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 30. November 1928

Nummer 279

Gevering Schlichter im Ruhrkonflikt!

Er wird einen neuen, im Interesse der Unternehmer gelegenen Schiedspruch fällen

Die neueste Abwürgungsaktion

Berlin, 30. Nov. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem die Verhandlungen in der Eisenindustrie in Düsseldorf abgebrochen und auf Sonnabend vertagt worden sind, hat die Reichsregierung eine Aktion eingeleitet. Heute sollen vor dem Reichswirtschaftsminister und dem Arbeitsminister die Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften Verhandlungen führen und heute abend oder morgen vormittag wird Gevering die beiden Parteien hören und dann einen Schiedspruch fällen, dem sich beide Parteien zu unterordnen haben. Das Reichskabinett hat Gevering als Vermittler im Eisenkonflikt ernannt.

Die Berliner Börsenzeitung teilt bereits den Vermittlungsversuch Geverings mit. Die Lohnsätze sollen sich nur etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den Schiedspruch festgelegten Sätze bei weitem nicht erreichen. Außerdem will Gevering einen Tarifschlichter auf lange Sicht festlegen, von mindestens einjähriger Dauer. Bereits gestern waren die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Vorschlag Geverings ist für die Metallindustriellen eine annehmbare Grundlage. Wenn Gevering seinen Schiedspruch gefällig hat soll die Arbeit bereits am Montag wieder aufgenommen werden.

Der Vorwärts bestätigt heute morgen, daß die Entscheidung Geverings gleichbedeutend ist mit einem freiwillig abgeschlossenen Kollektivvertrag, der automatisch an die Stelle des für verbindlich erklärten Schiedspruches tritt und daß dann der gerichtliche Streit um seine Rechtskraft gegenstandslos wird. Eine Delegiertenkonferenz der freien Gewerkschaften in Bochum hat beschlossen, das Arbeitszeitabkommen, das am 1. Dezember abläuft, nicht einmal zu kündigen.

Gevering, der nach dem Rapp-Putsch 1920 im Ruhrgebiet so entschlossen dachte, daß Rapp ihn, wie er selbst sagt, zu seinem Minister machen wollte, Gevering, der im Ruhrgebiet die Betriebsratsvereinigungen unterwarf, die Betriebsauschüsse aufhob, die Streiks verbot, der noch vor der Reichstagswahl im Mai dieses Jahres von den Arbeitern im Ruhrgebiet ausgepfiffen wurde, soll der Schlichter sein. Die Hüttenbarone sind mit Recht einverstanden und erfreut, daß gerade Gevering die „autoritative Persönlichkeit“ zur Schlichtung im Ruhrkampf sein soll. Er hat mit dem berückichtigten Gleisfelder Abkommen bewiesen, zu welchem Verrat an den Ruhrarbeitern fähig ist.

Dieser Vorstoß resp. diese Zumutung der Koalitionsregierung gegenüber den revolutionären Metallarbeitern an der Ruhr zeigt in welchem Maße sich die sozialdemo-

Neue Krise in der sächsischen Koalition

Die Volkspartei schlägt den Amerikaner Sidmann als Kultusminister vor. — Die Demokraten opponieren aus Furcht vor den Wählern. — Die Mittagsblätter lachen!

D. Sidmann Kultusminister!

Dresden, den 30. November 1928.

Die sächsische Landtagsaktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, als Nachfolger für den bisherigen Kultusminister Dr. Kaiser den 2. Vizepräsidenten des Landtags, Prof. D. Sidmann, einen liberalen Theologen, dem Ministerpräsidenten zur Berufung vorzuschlagen. Als diese Nachricht im Verlaufe der Landtagsitzung bekannt wurde, erhob sich auf den kommunistischen Banken lauter Protest. Die kommunistischen Abgeordneten riefen den Koalitionsparolen zu: „Koalition der schwarzen Schmach!“ Die demokratische Fraktion trat, sichtlich unter dem Druck der Empörungsrufe noch mitten im Verlauf der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen und beschloß, Einspruch gegen diesen Vorschlag beim Ministerpräsidenten zu erheben. Dieser „Protest“ erfolgte offenbar aus Furcht vor der zu erwartenden Rebellion der Wähler. Sidmann ist ein ausgesprochener Parteiführer und Wortführer des Konkordats und des Reudelschen Schulgesetzentwurfes.

Mit diesem Vorschlag hat die Volkspartei gezeigt, daß sie die Zeit für gekommen hält, um offen und in unerschütterter Form gegen die noch vorhandenen kümmerlichen fortschrittlichen Kulturinstitutionen vorzugehen. Gleichzeitig beleuchtet dieser Vorstoß blühartig die Lage, in die die werktätigen Massen auch auf kulturellem Gebiet durch die Koalitionspolitik geraten sind. Die Vorbedingungen im Reich und in Preußen für das offene Konkordat sollen auch auf Sachsen übertragen werden. Mit dem

trastischen Führer im Schlepptau der volksparteilichen Schwerindustriellen und der gesamten Koalitionsbrüder befinden. Am Mittwoch beschloß die Koalitionsregierung auf Geheiß und Verlangen der Volkspartei, den Vorstoß gegen die Unterführungen der Ruhrarbeiter, heute geht sie einen Schritt weiter und verlangt von ihnen Unterwerfung unter das Urteil eines Sachverständigen, von dem von vornherein feststeht, daß er nur im Interesse der Unternehmer entscheiden wird und morgen wird die Koalitionsregierung unter Führung der SPD-Minister den Ruhrkampf mit allen Machtmitteln abwürgen, wenn sich die Arbeiter nicht gutwillig unterwerfen und ihre Forderungen preisgeben. Doch dies nicht geschieht, dafür werden die ausgesperrten Ruhrarbeiter unter der Führung ihrer Kampfleitungen Sorge tragen und bis zum Siege kämpfen.

offiziellen Vorschlag Sidmann hat sich die Deutsche Volkspartei in Sachsen zur Banntrügerin der schwärzesten Kulturreaktion gemacht. Denn

D. Sidmann ist ein Programm!

Schon bei der Besprechung des zu erwartenden Rücktritts des jetzigen Kultusministers Dr. Kaiser wurde auch in der rechtstehenden pädagogischen Fachpresse festgestellt, daß das Regime dieses „liberalen“ Volksparteilers nur der höheren Ständeschule, nicht aber der Volksschule Förderung hat angedeihen lassen. Sidmann bedeutet noch mehr Reaktion: reißlose Auslieferung des gesamten Schulwesens an die Kirche, an den „Christlichen Laienbund“, in dessen Vorstand D. Sidmann eine entscheidende Rolle spielt.

Alle Hemmungen, alle Rücksichten, selbst auf den nur äußerlich orientierten Schulfortschritt, der allerdings in Sachsen Tradition hat, sollen fallen. Herr Sidmann ist ausgesprochener Anhänger der Konfessionsschule, ein glühender Vertreter der Gedankengänge, die die Basis des Reudelschen-Gesetzentwurfes bilden. Er will auch die Konfessionalisierung der sogenannten Gemeinschaftsschule. Er ist ein Gegner der Herabsetzung der Pflichten der Lehrer, ein Fürsprecher der Heraushebung der Kinderzahl, er tritt für alle organisatorischen Verschlechterungen der Volksschule ein, ist ein ausgesprochener Gegner eines einheitlichen Schulaufbaues und als höherer Lehrer ist er selbstverständlich für die Bevorzugung der höheren Schule.

Seine Stellungnahme zu den Problemen, die in Sachsen auf schulpolitischem Gebiet in der nächsten Zeit ihrer Lösung harren, ist klar umrissen. Der Dualismus im Berufsschulwesen drängt nach Beseitigung. Herr Sidmann wird ein Sachwalter des Teiles der Berufsschullehrerschaft sein, der sich unter die Vormüchtigkeit des Wirtschaftsministeriums stellen will. In der Frage der Schulaufsicht wird er die Linie Kaisers — nur nach mit Energie fortzusetzen brauchen, um den lauten Beifall aller Kulturreaktionäre einzuharfen. Diesen Vorkämpfer der schwärzesten Reaktion glaubt die Volkspartei in die sächsische Koalition entsenden zu können, weil sie die politische Charakterlosigkeit ihrer Koalitionsgenossen ganz richtig einschätzt. Was jedoch die Volkspartei nicht ganz in Rechnung aufgenommen hat, das ist

Die Empörung der sächsischen Hand- und Kopfarbeiter.

Die hat ihnen schon den ersten Hieb versetzt. Die rückgratlose sächsische demokratische Fraktion, dieses Konglomerat von Finanz- und Handelsagenten, liberalen Intellektuellen und Schulmeistern hat noch während der Plenarsitzung des Landtages sich in ihrem Fraktionszimmer getroffen und einen Protest gegen eine Berufung Sidmanns erhoben. Daß die sächsischen Demokraten zu einer solchen Maßnahme gezwungen wurden, zeigt die Einschätzung der Stärke des Widerstandes unter der sächsischen Bevölkerung gegen ein solches Reaktionsministerium.

Die Stellung der Mittagsblätter

ist charakteristisch auch in diesem Falle. Sie würden sich auch mit Sidmann abfinden, aber sie wollen auch keine Regierungstelle, vor allem keine Landtagsaufsicht. Und da die Demokraten ihren geringen Rest von Vertrauen bei ihrer Wählerschaft ohnehin einzubüßen fürchten, werden sie wohl versuchen, ihrem Einspruch durch Drohung mit Zustimmung zu einer Landtagsauflösung Gewicht zu verschaffen. Die Volkspartei ist durch die Überhastete, von der Furcht vor der Abrechnung der Wählerschaft diktierte Protektion in eine nicht besonders günstige Situation geraten. Es ist ja bekannt, daß Bünge r, einer der Klassenbewußtesten und am selbständigsten denkenden Kapitalvertreter in der Deutschen Volkspartei ein recht gefährlicher Konkurrent Sidmanns bei der Fraktionsberatung darstellte. Wenn sich die Fraktion in ihrer Mehrheit auf Sidmann einigte, so geschah das aus grundsätzlichen Erwägungen über die Bedeutung kulturpolitischer Vorläufe angesichts der Konkordatsbestrebungen im Reich und in Preußen. Jetzt aber, durch den offiziellen Protest, ist die Person Sidmanns zu einer Prestigeangelegenheit der gesamten Volkspartei geworden und ein Fallentlassen nicht so leicht möglich, ohne auch nach außen den Eindruck einer offenen Niederlage erwecken zu müssen.

Kelnesfalls ist jedoch bei dem Kampf um Sidmann das Wesentlichste, ob er nun ernannt wird oder nicht. Wesentlich ist und bleibt die Tatsache, daß die Kulturreaktion in Sachsen überhaupt einen solchen Vorstoß wagen zu können glaubt und daß

die sozialdemokratischen Koalitionsregierungen im Reich und in Preußen die Basis für diesen frechen Vorstoß geschaffen haben. Das aber ist es, was die Arbeiterklasse erkennen muß. Ohne die sozialdemokratische Koalitionspolitik, zu der sich die sächsischen Sozialdemokraten grundtätig bekennen müssen und an deren offener Teilnahme sie nur noch durch den

Verbreiterung der Kampffront gefordert

Vorschläge der zentralen Kampfleitung an den ADGB zur Verbreiterung des Kampfes

Essen, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter des Ruhrgebietes hat an den Bezirksauschuss des ADGB Düsseldorf ein Schreiben gerichtet mit folgenden Forderungen:

1. Die Arbeiter des Transportgewerbes (Eisenbahn, Binnen-schiffahrt usw.), des Bergbaues und der elektrischen Werke zum Solidaritätsstreik mit den ausgesperrten Metallarbeitern aufzurufen.

2. Dazu an die in Frage kommenden Unternehmerverbände ultimativ die Forderungen dieser Arbeitkollegen, die von ihnen schon seit langem beschlossen sind, mit der Bestimmung zu überreichen, daß die Arbeit in diesen Industrie-gruppen am 1. 12. niedergelegt wird, wenn bis dahin die Forderungen der Metallarbeiter, 15. W. Lohnerhöhung pro Stunde, Achtstundentag und dreigeteilte Schicht für die Hüttenarbeiter bei vollem Lohnausgleich, sowie die eigenen Forderungen nicht bewilligt sind. Die Forderungen sind: Für die Arbeiter des Transportgewerbes und der elektrischen Werke zwischenzeitliche Lohnerhöhung von 15 W. pro Stunde, für die Bergarbeiter eine solche von 1 Mark pro Schicht, Siebenstundentagschicht unter Tage und acht Stunden über Tage.

Der Generalstreik der Unternehmer nach der Generalkonferenz der Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes entgegengestellt werden. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Forderungen der Arbeiter gegen die Unternehmer in kürzester Frist durchzusetzen.

Der Brief schließt: „Unsere Auftraggeber, die ausgesperrten Belegschaften der Betriebe, haben uns erwidert, auch zu einer

Aussprache über die von uns gemachten Vorschläge aufzufordern. Wir schlagen euch vor, eine solche am Freitag, dem 30. November, 15 Uhr, im Bureau des Bezirksauschusses herbeizuführen.“

Die zentrale Kampfleitung hat ebenso wenig wie ihre Auftraggeber, die revolutionäre Arbeiterklasse, irgendwelche Illusionen über die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer, die im Begriff sind, den Kampf zu erlösen. Durch die Forderungen der zentralen Kampfleitung sind die Gewerkschaftsführer gezwungen, Farbe zu bekennen. Die Arbeiterklasse wird, unbedünnt um die Antwort der Reformisten, die notwendigen Kampfmaßnahmen anwenden und verschärfen.

Die Hüttenarbeiter fordern Kündigung des Arbeitszeitabkommens

In allen Versammlungen der ausgesperrten Hüttenarbeiter, die zur Zeit im Ruhrgebiet stattfinden, fordern die Massen auch die Kündigung des Arbeitszeitabkommens. Dieses Abkommen läuft am 31. Dezember ab und ist am 1. Dezember kündbar. Wohl ist ja in die Verhandlungen schon längst auch die Arbeitszeitfrage einbezogen worden. In dem bekanntesten Düsseldorf-Pakt, der nicht unterschrieben werden konnte, war die Verlängerung des bisherigen langen Arbeitszeitabkommens vorgesehen.

Die Hüttenarbeiter befinden in diesen Tagen besonders eindringlich, daß sie endlich die achtstündige Schicht wieder haben wollen, die ihnen 1921 mit Hilfe der Schlichter Wilsell und Reichlich gerahmt worden ist.

So ist ein ungeheurer Skandal, daß die Hüttenarbeiter unter den hüttenlichen Arbeitsbedingungen der Eisenwerke immer noch täglich 10 und 12 Stunden lang, und außerdem auch noch an Sonntagen arbeiten mußten. Dieser Skandal muß ein Ende haben, der mit dem Wahntagebuch für die Hüttenarbeiter!